

Dr. ANGELA MERKEL MdB

Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

15. WP / 17

Bericht der Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

am 20. Mai 2003

I. Die politische Lage in Deutschland

- ? **Steuer- und Wachstumseinbruch: Kurswechsel dringender denn je!** Die Nachrichten über die Steuereintrübe bis 2006 und die Schrumpfung der deutschen Volkswirtschaft haben selbst Berufspessimisten den Atem anhalten lassen. So sehr das Land wieder Mut, Aufbruch und Selbstbehauptungswillen braucht, so wenig darf verantwortliche Politik die Augen vor der Wirklichkeit verschließen: Das Land befindet sich im dritten Jahr hintereinander in der wirtschaftlichen Stagnation, aktuell sogar in einer Rezession. Die Lage der öffentlichen Finanzen schließt jeden Glauben an eine baldige Erholung der Haushalte durch Konjunkturwenden oder Regierungswunder aus. „*Land in Lähmung*“ kommentiert die SZ (16.5.03). Schlimmer noch: Es scheint, dass sich die Krise verschärft und die Zeit für eine grundlegende Wende ohne schwere Verwerfungen knapper wird. Der IWF warnt vor einer Deflation. Niemand kann ein Interesse daran haben, dass es soweit kommt. Aber die Tatsache, dass erstmals eine solche Institution im Zusammenhang mit Deutschland den Begriff benutzt, muss jeder politischen Führung Anlass zur Warnung sein.

Die Union als große Volkspartei der Mitte mit dem Vertrauen in die Leistungs- und Innovationskraft des Bürgers und einer freiheitlichen Gesellschaft muss gerade in einer solchen Situation Kritik an der Regierung, Ehrlichkeit in der Beschreibung der Lage und Optimismus über die Machbarkeit eines Wiederaufschwungs klug verbinden. Deutschland ist vital und lebenswert, die Menschen können mehr, als sie sich selbst zur Zeit zutrauen. Der Abwärtstrend ist gravierend, aber er ist kein Schicksal.

Vieles hängt vom Können und Wollen der politischen Führung ab. Politik kann bewegen. Es darf sich nicht festsetzen, es sei gleichgültig, wer regiert.

- ? Die **Beschlüsse des SPD-Präsidiums** vom Montag sind in dieser Situation schlimmer als Stillstand, sie bedeuten in ihrer Wirkung einen Schritt rückwärts:

Es fehlt erstens an Mut zur Wahrheit. Ohne Wahrheit kein Vertrauen. Nach der katastrophalen Steuerschätzung hätte es als allererstes eines bedurft: Alle Fakten auf den Tisch. Die ökonomischen Daten, die der Bundeskanzler der Agenda 2010 und ihrer erhofften Wirkung zugrunde gelegt hat, sind vollständig überholt.

Schon die Steuerschätzung baut nur noch auf einem Wachstum von 0,75 % auf. Aber auch das ist höchst unwahrscheinlich. Es werden auf jeden Fall massive weitere Steuerausfälle in diesem Jahr auftreten. Aber wie die Kanzlerpartei darauf reagieren will, bleibt unklar: Noch mehr Schulden? Erhöhung der Mehrwertsteuer? Weitere Leistungskürzungen? Solange darauf keine Antwort kommt, wird die Ungewissheit bleiben. Und mit der Ungewissheit bleibt der Attentismus und der Investitionsstopp. Die Abwanderung von Kapital, Wissen und Arbeit setzt sich fort.

Zur Wahrheit gehört zweitens: Die Sozialbeiträge steigen ungebremst weiter, bei der Gesundheit auf bis zu 15%, bei der Rente auf fast 20 % zum Jahresende. Aber die Vorschläge der SPD reagieren darauf nicht:

- Die Erhöhung der Tabaksteuer bringt eine Entlastung von vielleicht maximal 0,3 Prozent-Punkten auf der Beitragsseite – und wirkt obendrein wachstumsbremsend. Der gescheiterte Finanzminister Eichel dazu: *„Das ist nur die zweitbeste Lösung. Die Probleme einer Sozialversicherung lassen sich nicht dadurch lösen, dass man frisches Geld aus dem Haushalt nachschießt.“* (Spiegel 20/2003).
- Die Koalition rechtfertigt den Griff zur Tabaksteuer mit der gesundheitspolitischen Erwägung, die Menschen sollten weniger rauchen, um wenige Tage darauf zu erklären, man hoffe doch, der Umsatzeinbruch beim Zigarettenverbrauch werde nur vorübergehend sein.
- Die Umfinanzierung des Krankengeldes bleibt eine reine Umfinanzierung im System und senkt die Lohnnebenkosten in der GKV per Saldo nicht.

- Der Rürup'sche Nachhaltigkeitsfaktor in der Rente soll nun erst ab 2010 eingeführt werden, dabei wäre er als „Demographischer Faktor“ schon vor fünf Jahren unerlässlich gewesen.
- Die Einsparungen aus den geplanten Kürzungen beim Arbeitslosengeld werden in neue Sonderprogramme und ins Haushaltsloch der BA geworfen. Kein Wort von einer Senkung der Beiträge.

Das alles heißt konkret: Die Sozialdemokraten weigern sich, das Thema „Lohnnebenkosten“ und die Entlastung des Faktors Arbeit ernsthaft anzugehen. **Die SPD betreibt in Wirklichkeit reine Fiskalpolitik, keine Beschäftigungspolitik.**

Mit dem Zusatzantrag, der zeitweise als IWAN firmierte, ist der Reformmut der SPD-Führung weiter gesunken. Am 14. März hat Kanzler Schröder von Entlastung und Dynamik gesprochen. Jetzt müssen wir befürchten: Mehr Steuern: höhere Erbschaftsteuer. Mehr Abgaben: gesetzliche Ausbildungsplatzabgabe. Mehr staatliche Arbeitsverwaltung: Sonderbeschäftigungsprogramme für jugendliche Sozialhilfeempfänger, Ältere, Langzeitarbeitslose etc. **Aber Deutschland hat das Strickmuster „linke Masche – rechte Masche“ satt.**

Der Bundeskanzler versucht zwar, auf die „Langfristigkeit“ der Vorhaben und auf den SPD-Parteitag im November zu verweisen. Aber erstens sieht es danach aus, dass die Bundesregierung die Ausbildungsplatzabgabe noch in diesem Herbst erzwingen will – sei es als „freiwilliger“ Fonds der Wirtschaft bis zum Ende des dritten Quartals oder ersatzweise als gesetzlicher Fonds bis zum Jahresende.

Und zweitens das Entscheidende: In dieser kritischen Situation die öffentliche Diskussion von der Flexibilisierung hin zu monatelangen Debatten über weitere Steuern, Abgaben und Staatsprogramme zu verlagern, zerstört den letzten Rest an Vertrauen und Investitionsbereitschaft. Was die Agenda 2010 aufbauen sollte, reißt Iwan, egal unter welchem Namen, wieder ein. **Was die SPD-Führung tut, ist nichts anderes, als die parteiinternen Querelen auf dem Rücken der Bürger und der Wirtschaft auszutragen.**

- ? Die bisher bekannten **Eckpunkte zur Gesundheitsreform** von Gesundheitsministerin Schmidt sind in fast allen Punkten inakzeptabel:

- Neben der fehlenden verlässlichen Finanzierung zielen die Vorschläge weiterhin auf eine massive öffentliche Regulierung der Gesundheitsleistungen. Im Zentrum der Kritik steht das sog. Institut für Qualität in der Medizin, das vor allem der Standardisierung und Robotisierung der ärztlichen Behandlung Vorschub leistet.
- Der notwendige Wettbewerb wird auf der Seite der Erbringer falsch, nämlich vor allem zu Lasten der niedergelassenen Fachärzte, zwischen den Kassen hingegen gar nicht organisiert.
- Wahltarife sind nicht vorgesehen, von einer stärkeren allgemeinen Selbstbeteiligung, wie von Schröder am 14.3. noch verkündet, keine Spur. Die neuen Zuzahlungsregelungen und Praxisgebühren werden höchst widersprüchliche Effekte auslösen.

Das bedeutet politisch: Die Bundesregierung beabsichtigt bis auf weiteres nicht, auf einen Kompromiss mit der Union zuzusteuern. Die bekannten Eckpunkte können auch als Gesetzentwurf in dieser Form für die Union keine parlamentarische Verhandlungsgrundlage sein.

? **Außenpolitik: Schwierige Annäherung zwischen Berlin und Washington.** Der Besuch von US-Außenminister Colin Powell in Berlin und sein Gespräch mit der Fraktionsspitze in der vergangenen Woche zeigen: Amerika hat ein großes Interesse daran, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. Gleichzeitig zeigt George Bush mit seinem Treffen mit Ministerpräsident Koch gegenüber Kanzler und deutscher Öffentlichkeit, an welcher Stelle das entscheidende Versagen in der Irak-Krise stattfand: An der Spitze der deutschen Bundesregierung, in der Chefetage des Kanzleramtes. Immerhin wird auf anderen Ebenen wieder miteinander kommuniziert. Notwendig ist jetzt ein geduldiger Vertrauensaufbau. Hier bietet sich beim Aufbau der Nachkriegsordnung im Irak eine große Chance:

Deutschland sollte im UN-Sicherheitsrat konstruktiv an der Verabschiedung einer Resolution mitwirken, die die Sanktionen beendet und dem Wiederaufbau und der Demokratisierung im Irak eine breitere Grundlage verleiht. Eine Beteiligung der NATO an der Friedenssicherung wäre wünschenswert, da dies dem Bündnis eine Chance zur politischen Revitalisierung eröffnen würde. Deutschland sollte sich entsprechend seiner Möglichkeiten mit den Partnern in EU und NATO an der Hilfe im

Irak beteiligen, das sollte auch einen Bundeswehreinsatz nicht von vorneherein ausschließen.

- ? **Union muss Reformkraft bleiben.** Die Realität verändert sich so schnell, dass die Politik immer mühsamer folgen kann. Nach den Verwässerungen und Verzögerungen der Agenda 2010 ist ihr politisches Schicksal schon jetzt vorhersagbar. Selbst wenn sie im Herbst irgendwann umgesetzt sein sollte, wird sie als kleinmütig und überholt gewertet werden.

Für die Union bedeutet das: Auch wir dürfen nicht stehen bleiben. Für die Arbeitsmarktpolitik haben wir eindeutige Alternativen zum Kündigungsschutz, zu den betrieblichen Bündnissen für Arbeit, zur Arbeitslosenversicherung und zur Arbeits- und Sozialhilfe vorgelegt. Die Beschlüsse von München gelten uneingeschränkt. Es ist jetzt unsere vorrangige Aufgabe, dass wir diese Grundsatzunterschiede zum Koalitionslager zum Schwerpunkt aller öffentlichen Einlassungen machen.

In den nächsten Wochen kommt es darauf an, unseren Kompetenzvorsprung durch klare Positionierung bei der Handwerksreform und vor allem bei der Gesundheitsreform zu bewahren. Unabhängig von unseren Wunsch-Zeitplänen gilt: Je mehr die Regierung öffentlich als gescheitert angesehen wird, desto schärfer wird der Blick auf die Regierungsfähigkeit der Opposition gelenkt. Die Bürger suchen dringender denn je nach Antworten – und die Antworten suchen sich notfalls ihre Träger. Es liegt allein an uns, zentraler Kompetenzträger im politischen Angebot in Deutschland zu bleiben.

II. Diese Woche im Parlament:

- ? In einer von der Unionsfraktion beantragten **Aktuellen Stunde** wird die Bundesregierung zum **Desaster in der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik** Stellung nehmen müssen. Da auch in dieser Woche noch immer keine Reformgesetze der

Bundesregierung im Bundestag vorliegen, werden wir versuchen, auf diese Weise eine Debatte in der Sache herbeizuführen.

? Im Rahmen der **Verbraucherschutzdebatte** kritisiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Antrag „**Bessere Verbraucher-Information**“ die Wirtschaftsfeindlichkeit und den Dirigismus der rot-grünen Politik. Wir werben für eine an Eigenverantwortung und Markttransparenz orientierte Verbraucherschutzpolitik, die auf fünf Säulen gründet:

- Verbesserte Kennzeichnung von Produkten und Dienstleistungen
- Stärkung der unternehmerischen Verbraucherinformation
- Rechtzeitige behördliche Gefahrenwarnung
- Verbesserung des Informationszugangs durch ein Verbraucherinformationsgesetz
- Stärkung der unabhängigen Verbraucherberatung

? Die **Debatte zur Verkehrspolitik** bietet Anlass, die Versäumnisse der Bundesregierung bei Ausbau und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur sowie bei der Verbesserung der Situation des deutschen Transportgewebes zur Sprache zu bringen. In zwei Anträgen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

- Die Vorlage der überfälligen Novellierung des Bundesverkehrswegeplans bis zur parlamentarischen Sommerpause.
- Die Wahrung der Interessen des deutschen Verkehrsgewerbes im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und allgemeine Rahmenbedingungen.

? In 2./3. Lesung wird das Plenum über den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „**Deutschland wirksam vor Terroristen und Extremismus schützen**“ beraten. Nicht zuletzt angesichts der Terrorereignisse der vergangenen Wochen verlangen wir u.a.:

- Erschwerung der Einreise von Extremisten und Terroristen nach Deutschland durch Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor der Erteilung von Aufenthaltstiteln und Regelausweisung gewaltbereiter Extremisten bei Terrorismusverdacht.
- Verbesserung der Identifikationsmöglichkeiten durch die Aufnahme biometrischer Daten in Ausweispapiere.
- Wiedereinführung der Kronzeugenregelung.

- Stärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit und Schaffung der Voraussetzungen für einen Einsatz der Bundeswehr im Inland bei besonderen Gefährdungslagen.

III. Daten und Fakten

Im April waren 4.495.200 Menschen arbeitslos.

Das sind 471.100 mehr als im Vorjahr.

Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen stieg um 44.000.

Im ersten Quartal gab es 481.000 Beschäftigte weniger als im Vorjahr.

- ? Zur **höchsten April-Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung** konstatiert die Bundesanstalt für Arbeit: **„Verslechterung hat sich fortgesetzt: ... Die Abnahme um gut 110.000 war geringer als in diesem Monat üblich. Saisonbereinigt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit weiter. Die Erwerbstätigkeit sank auch im Februar absolut und saisonbereinigt. Vor dem Hintergrund struktureller Probleme und konjunktureller Schwäche kann sich der Arbeitsmarkt zurzeit nicht erholen.“** (Quelle: Presseninformation der BA vom 7.5.2003)
- ? **Arbeitsplatzabbau in fast allen Branchen:** Der Rückgang der Beschäftigung im ersten Quartal dieses Jahres betrifft fast alle Wirtschaftsbereiche. Erstmals seit der Wiedervereinigung gab es auch im Dienstleistungssektor weniger Jobs: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum waren hier 62.000 Beschäftigte weniger zu verzeichnen. Besonders stark war der Rückgang laut Statistischem Bundesamt im Produzierenden Gewerbe, wo trotz leichtem Umsatzplus 233.000 Jobs verloren gingen, und im Baugewerbe (minus 174.000). (Quelle: Presseinformation Statistisches Bundesamt 20.5.2003)
- ? **Keine Trendwende auf Ausbildungsmarkt:** Die BA verzeichnet im April bei den gemeldeten Ausbildungsstellen einen Rückgang um 12% gegenüber dem Vorjahr. Die schwierige Lage auf dem Ausbildungsmarkt bestätigt auch der DIHK: In Industrie, Handel und Dienstleistungsbranche lag die Zahl der neu abgeschlossenen Aus-

bildungsverträge im April um 6,5% unter der des Vorjahresmonats. (Quelle: DIHK-Pressemitteilung 12.5.2003)

- ? **Sparquote steigt zu Lasten des Konsums:** Laut Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist die Sparquote in Deutschland in den letzten Monate auf 10,5% gestiegen. DIW-Konjunkturforscher Gustav Horn spricht von „*Sparen aus Verunsicherung*“, das die Konjunktur erheblich bremse. Die Menschen würden aus Sorge über ihr Auskommen im Alter und verunsichert durch immer neue Reformvorschläge immer mehr sparen und immer weniger konsumieren. (Quelle: Berliner Zeitung 10.5.2003)

- ? **Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit sinkt weiter:** Im Wettbewerbsranking des International Institute for Management Development (IMD) ist Deutschland in der Rangliste der großen Länder (über 20 Mio. Einwohner) von Platz 4 auf 5 abgerutscht. Besonders drastisch fällt das Ergebnis beim Teilindikator „Regierungseffizienz“ aus: Hier liegt Deutschland nach Rang 8 im Vorjahr nur noch auf Platz 12! Die größten Schwachpunkte Deutschlands sind laut IMD-Studie der Arbeitsmarkt sowie die Steuer- und Abgabenlast. (Quelle: FAZ 15.5.2003)

- ? **Genossenschwund:** Seit Jahresbeginn hat die SPD fast 21.000 Mitglieder verloren. Allein im April gab es über 6.000 Austritte. (Quelle: Frankfurter Rundschau 17.5.2003)

IV. Was macht Rot-Grün ?

- ? **Angebliche „Akten-Affäre“ wird zu „Affäre Hirsch/Schröder“:** Viel Energie hatte die Regierung Schröder darauf verwandt, Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl die Vernichtung von Akten und Speichermedien nachzuweisen. Jetzt kommt die Staatsanwaltschaft Bonn zum Ergebnis, das an den Vorwürfen nichts dran ist. Vielmehr soll der von Gerhard Schröder eingesetzte „Sonderermittler“ Burkhard Hirsch Zeugen aussagen manipuliert haben. Verschwundene Akten seien entgegen den Angaben Hirschs „auf Anhieb“ zu finden gewesen sein. Die für den Nachweis der angeblichen „Bundeslöschtage“ notwendige Festplatte wurde hingegen nach Erkenntnis der Ermittler im Frühjahr 1999 zerstört, als Schröder schon im Amt war. Erst wurde

also der mögliche Gegenbeweis vernichtet, dann die Behauptung aufgestellt. (Quelle: Die Welt 7.5.2003)

? **Neues von Gerster: Alte entlassen, Geld verprassen, Bundestag schwänzen.**

Die Reform des Koloss Bundesanstalt für Arbeit ist zugegeben keine leichte Aufgabe. Da braucht es sowohl Management-Qualitäten wie politisches Gespür wie auch besondere Fähigkeiten in der Menschenführung. Bei allem scheint es beim SPD-Mann Florian Gerster an der Spitze der Bundesanstalt für Arbeit zu hapern:

- „50 Plus – die können es!“ heißt die Kampagne der BA für die Einstellung älterer Arbeitnehmer. In der Behörde selbst wird Führungskräften über 60 indes nahegelegt, in den vorzeitigen Ruhestand zu gehen und rückwirkend Altersteilzeit zu beantragen. (Quelle: Rheinische Post 9.5.2003)
- Während die BA Milliardendefizite anhäuft, wird die Umbenennung der Behörde in „Bundesagentur für Arbeit“ mindestens 7,5 Millionen Euro verschlingen. (Quelle: Bild 12.5.2003)
- Wiederholt hielt Florian Gerster es nicht für nötig, Einladungen von Bundestagsgremien Folge zu leisten. Am 13. Februar war ihm die Einweihung des neuen BA-Hauptstadtbüros wichtiger als eine Sitzung des Haushaltsausschusses; am 4. April war er vom Rechnungsprüfungsausschuss eingeladen, erschien aber nicht; und am 7. Mai sollte er im Haushaltsausschuss zur Finanzlage der BA Stellung nehmen, feierte aber lieber in Nürnberg seinen Geburtstag. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Gerhard Rübenkönig (SPD), äußerte inzwischen in einem Brief an Gerster sein *„Bedauern darüber, dass Sie [...] offenbar keinen großen Wert auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Parlament legen.“* (Quelle: Bild 11.5.2003)

? **Manager zweifeln an Agenda 2010:** Die große Mehrheit der deutschen Top-Manager erwartet durch die Umsetzung der Agenda 2010 keine Verbesserung der Rahmenbedingungen für das eigene Unternehmen. Dies ergab der Handelsblatt-Business-Monitor für den Monat Mai. Fast zwei Drittel der befragten Führungskräfte befürchten, dass schon die wochenlange Diskussion innerhalb der SPD dem Standort Deutschland „stark“ (41%) oder „sehr stark“ (22%) geschadet habe. (Quelle: Handelsblatt 15.5.2003)

- ? **Hartz-Reformen greifen nicht:** Das von Bundeskanzler Schröder im vergangenen Jahr als Allheilmittel gegen steigende Arbeitslosigkeit verkaufte Hartz-Konzept erweist sich vier Monate nach In-Kraft-Treten in vielen Teilen als großer Flopp:
- Ende April gab es erst 200 Personal Service Agenturen, die bislang 10.000 Arbeitslose übernommen haben. Diese Maßnahme sollte in diesem Jahr ursprünglich 100.000 Jobs schaffen.
 - Mit dem Programm „Kapital für Arbeit“ wurden bisher erst rund 3.300 Arbeitsplätze subventioniert. Erwartet wurden 50.000 neue Stellen in 2003.
 - Von den 300.000 neuen Jobs, die jährlich durch Ich-AGs entstehen sollten, erwartet die Bundesregierung inzwischen nur noch 50.000. (Quelle: Die Welt 8.5.2003)
 - Aus dem Job-Aktiv-Gesetz vom Winter 2001/2002 stammen die Vermittlungsgutscheine der BA. Es wurden zwar mittlerweile über 200.000 ausgegeben, aber nur ca. 13.000 eingelöst. Die Kritik der Union von damals findet sich bestätigt: Kein kostendeckender Wert der Gutscheine und ein strukturelles Desinteresse der BA, der privaten Konkurrenz weiterzuhelfen. (IW Köln, 16.5.03)
- ? **Eichel schummelt auch bei Rückenschmerzen:** Als er sich im Februar 2001 an der Wirbelsäule operieren lassen musste, setzte Hans Eichel die schöne Geschichte in die Welt, er habe sich sein Bandscheibenleiden eingehandelt, weil er als sparsamer Mensch seine Berliner Wohnung immer höchstpersönlich putze. Jetzt kommt heraus: Der Minister hat sich den Rücken nicht beim Putzen verrenkt, sondern beim ungeschickten Besteigen seines Dienstwagens, was aber aus PR-Sicht nicht sonderlich gut zu vermitteln gewesen sein soll. (Quelle: Frankfurter Rundschau 13.5.2003)
- ? **Die rote Heidi kann's nicht lassen:** Die Entwicklungshilfeministerin meinte auf dem Juso-Bundeskongress unter dem Jubel der Delegierten zur Irak-Debatte: *„Der Frieden ist nicht gewonnen. Es gilt jetzt, das irakische Volk zu befreien von Diktatur und Fremdherrschaft.“* (FAZ, 12.5.03). Was heißt „jetzt“, nach dem Sturz Saddams? Und offensichtlich sind die Diktatur von Saddam Hussein und die „Fremdherrschaft“ der USA in einer Reihe zu nennende Übel für das irakische Volk. Reaktion des Kanzlers oder des Außenministers: Keine. Der Antiamerikanismus hat weiterhin einen Namen: Rot-Grün.

- ? **Bundesbankpräsident Welteke** wagt sich für einen Genossen und für sein Amt weit vor: *„Prinzipiell halte ich im Augenblick jede Steuererhöhung für eher kontraproduktiv. ... Sie [die Agenda 2010] geht in die richtige Richtung. Aber sie wird vermutlich nicht ausreichen.“* (Berliner Zeitung 14.5.2003)